

Welche Maßnahmen gedenkt der Rat in diesem Zusammenhang zu treffen, um das europäische Sozialmodell zu verteidigen und zu verhindern, dass Marks & Spencer seine antisozialen Ziele erreicht, so dass andere ähnlich große Unternehmen in Zukunft versucht sein können, ohne weiteres ähnliche Beschlüsse zu fassen? In welcher Weise wird der Rat ohne weitere Verzögerungen die Richtlinie über das Informationsrecht der Arbeitnehmer verabschieden?

### Antwort

(6. Dezember 2001)

Der Rat ist sich bewusst, dass manche der jüngsten Fälle von Unternehmensumstrukturierungen schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen für die betroffenen Beschäftigten und deren Familienangehörige haben dürften. Der Rat ist sich auch bewusst, dass in einigen dieser Fälle den Arbeitgebern vorgeworfen wurde, dass sie ihre Beschäftigten und/oder deren Vertreter nicht gemäß den jeweils geltenden einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften unterrichtet und gehört haben. Es ist jedoch nicht Sache des Rates, darüber zu befinden, ob gegen die betreffenden Rechtsvorschriften verstoßen wurde oder nicht.

Der Herr Abgeordnete sei darauf hingewiesen, dass die Arbeiten bezüglich des Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft inzwischen so weit gediehen sind, dass der Rat auf seiner Tagung vom 11. Juni 2001 eine politische Einigung über einen gemeinsamen Standpunkt erzielen konnte.

(2002/C 81 E/027)

### SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1376/01

von Michl Ebner (PPE-DE) an den Rat

(21. Mai 2001)

*Betrifft:* Kontakte zwischen Brüssel und Mugabe

Über 20 Jahre ist es her, seit Simbabwe unabhängig geworden ist. In den Medien ist derzeit wenig Gutes über das südafrikanische Land zu lesen — schon gar nicht über Präsident Mugabe. Er fördert Landbesetzungen, denen weiße Farmer zum Opfer fallen; er schürt den Raßenhass, um von der extremen sozialen Misere abzulenken, in die er das Land geführt hat; in einem Fernsehinterview zu seinem 77. Geburtstag erklärte er, er werde erst zurücktreten, wenn die „Weißen“ geschlagen sind. Harsche Kampagnen gegen die unabhängige Justiz und die Presse sowie massive Einschüchterungen der Opposition gehören zum Alltag. Tatsächlich ist die Situation in Simbabwe durch eine lange Misswirtschaft geprägt, die Mugabe und seine ZANU-PF-Partei zu verantworten haben.

Keinerlei Berührungspunkte scheinen der belgische Außenminister Louis Michel und der französische Staatspräsident Jacques Chirac zu haben. Beide hießen den Diktator des Terror-Regimes in Brüssel bzw. Paris am 6. März 2001 willkommen. Während die beiden zu den stärksten Befürwortern der Sanktionspolitik der EU-14 gegenüber Österreich gehörten, da sie sich um die Demokratie und Menschenrechte sorgten, empfingen sie Mugabe mit offenen Armen.

Kann der Rat angeben,

- ob die Union durch einen derart leichtfertigen Umgang mit Demokratie und Menschenrechten nicht an Glaubwürdigkeit einbüßt?
- ob er nicht im Sinne einer kohärenten Außenpolitik derartigen Fehlritten entgegenwirken möchte?
- ob Politiker, die offenbar derart gute Kontakte zu einem Terror-Regime pflegen, nicht auch sanktioniert werden sollten?

**Antwort**

(21. November 2001)

Das Treffen zwischen dem belgischen Premierminister, Herrn Guy Verhofstadt, dem belgischen Außenminister, Herrn Louis Michel, und dem Präsidenten von Simbabwe, Herrn Mugabe, am 5. März 2001 in Brüssel fand auf Wunsch von Präsident Mugabe statt.

Zu dem privaten Treffen – am 6. März 2001 in Paris – zwischen dem Präsidenten der Französischen Republik, Herrn Jacques Chirac, und dem Präsidenten von Simbabwe, Herrn Mugabe, ist es ebenfalls auf Wunsch von Präsident Mugabe gekommen. Der Rat hat weder bei der Organisation dieser Treffen eine Rolle gespielt noch an ihnen teilgenommen.

Anfang März dieses Jahres hat die EU beschlossen, mit Simbabwe einen konstruktiven, kritischen und ausgewogenen Dialog im Geiste des Artikels 8 des Cotonou-Abkommens aufzunehmen. Die EU hat diesen Dialog mit dem Ziel begonnen, Informationen auszutauschen und das gegenseitige Verständnis über die Fragen zu fördern, welche die EU in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien als fundamental erachtet und die im Übrigen im Wortlaut des genannten Abkommens selbst enthalten sind (Artikel 9).

Auf seiner Tagung vom 25. Juni 2001 hat der Rat festgestellt, dass in dem derzeitigen politischen Dialog mit der Regierung von Simbabwe keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden sind, und er hat seine tiefe Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in Simbabwe zum Ausdruck gebracht. Er hat betont, dass der Dialog vorrangig in einer Reihe von Bereichen rasche und greifbare Fortschritte erzielen muss (Beendigung der politischen Gewalt, uneingeschränkter Zugang für die EU, konkrete Maßnahmen zum Schutz der Medienfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und Achtung ihrer Entscheidungen, Beendigung der illegalen Besetzungen von Land- und Hausbesitz).

Der Rat ist übereingekommen, die Entwicklungen in diesen Bereichen sowie in den übergreifenden Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftspolitik und Landreform in den nächsten zwei Monaten genau zu verfolgen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, falls keine ausreichenden Fortschritte erzielt werden.

---

(2002/C 81 E/028)

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-1384/01****von Marco Pannella (TDI) an die Kommission**

(27. April 2001)

*Betrifft:* Vietnam

Am 10. April dieses Jahres informierte der Vize-Präsident der Vereinigten buddhistischen Kirche Vietnams, der ehrwürdige Tchich Quang Do, das Internationale Buddhistische Informationsbüro darüber, dass die vietnamesische Polizei die Telefonleitungen des Klosters von Thanh Minh Zen in Ho-Tschi-Minh-Stadt gekappt hatte. Danach wurden auch die Mobiltelefon-Gespräche unterbrochen und seither gibt es keine Nachrichten mehr von Herrn Tchich Quang Do.

Vor der Eröffnung des 9. Kongresses der Kommunistischen Partei Vietnams, hatte Herr Tchich Quang Do ein Appell „Für Demokratie in Vietnam“ an die führenden Politiker des Landes gerichtet, in dem er sie aufforderte, einen friedlichen Übergangsprozess hin zur Demokratie auf der Grundlage einer breiten Volksallianz von Einzelpersonen und Gruppen jeglicher politischer und religiöser Herkunft einzuleiten. Nach diesem Appell war Herrn Tchich Quang Do mehrfach mit Verhaftung gedroht worden.

Über welche Informationen verfügt die Kommission im Hinblick auf den Aufenthaltsort von Herrn Tchich Quang Do und seinen Gesundheitszustand? Hat die Kommission bereits Maßnahmen ergriffen, oder beabsichtigt sie dies zu tun, um die kommunistischen Behörden Vietnams an ihre Verpflichtung zu erinnern, die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit in Vietnam zu gewährleisten?

Welche Initiativen beabsichtigt die Kommission generell zu ergreifen, damit die neue politische Führung der Kommunistischen Partei Vietnams endlich die politischen und institutionellen Reformen einleitet, durch die die Verwirklichung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einer echten Marktwirtschaft möglich werden sollten?